Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 34

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

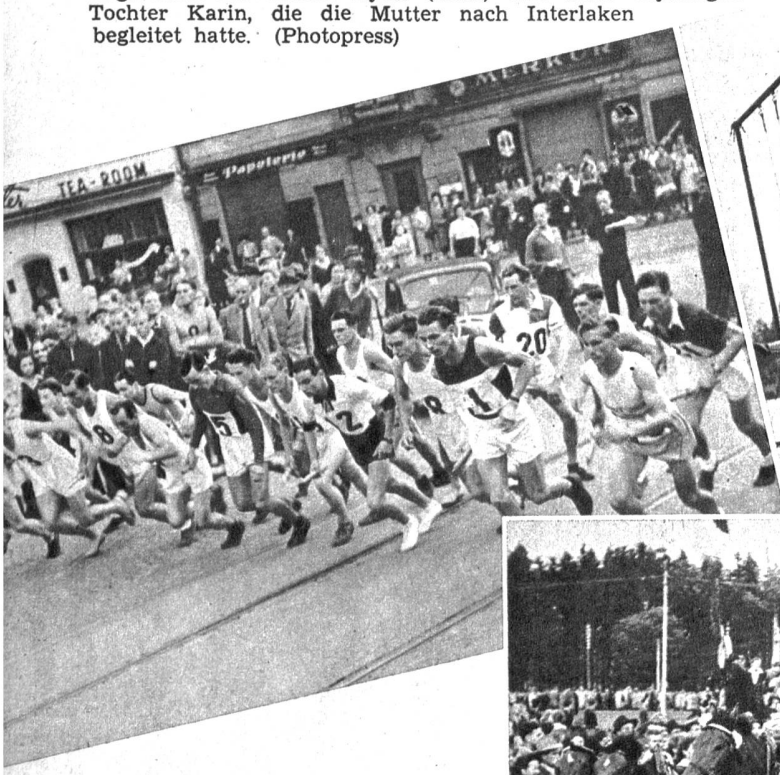
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bild ✕ Der soeben in Interlaken zu Ende gegangene internationale Kongress des Frauenweltbundes für gleiches Recht und gleiche Verantwortung wählte an Stelle der zurückgetretenen Engländerin Mrs. Corbett Ashby die Schwedin Frau Dr. Hanna Rydh zur neuen Präsidentin. — Unser Bild zeigt Frau Dr. Hanna Rydh (links) mit ihrer 15jährigen Tochter Karin, die die Mutter nach Interlaken begleitet hatte. (Photopress)







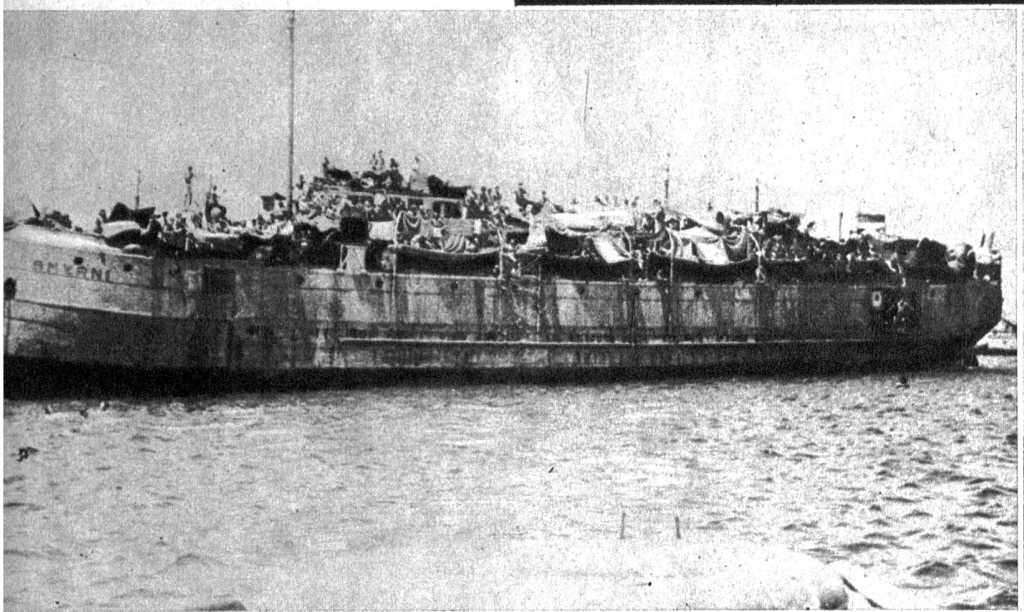
In Saignelégier fand die traditionelle Pferdeschau mit Concours und anderen Vorführungen statt. General Guisan und hohe französische Offiziere waren anwesend. Unser Bild zeigt einen der vierrädrigen, mit vier Pferden bespannten Wagen, die untereinander ein fröhliches Rennen austrugen. (ATP)

Bild oben: 1000 Jahre Hottingen. Die originelle Jubiläumsstafette in Zürich. Start der Läufer am Heimplatz in Zürich Richtung Zürichberg. (Photopress)

Bild oben rechts:

Internationale Turnwettkämpfe in Chiasso

Das kantonale Turnfest des Tessin wurde zu einem ersten internationalen Turnertreffen durch die Anwesenheit von 20 Vereinen aus Italien. Aus den zahlreichen Sektionen konnte sich Lugano, das wir hier bei der Arbeit an den Ringen zeigen, den ersten Rang in Stärkeklasse I sichern. (ATP)



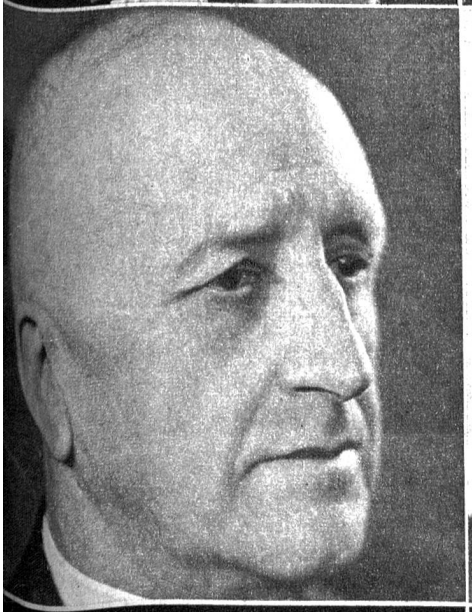
Mit kaum sehr hochseetüchtigen Schiffen treffen immer und immer wieder Tausende von Juden an der Küste Palästinas ein, die illegal an Land zu gehen versuchen. Als dieser Tage wieder ein vollbeladenes Schiff im Hafen von Haifa eintraf, wurden die Juden aufgefordert, an Bord eines englischen Schiffes zu gehen, das sie nach der Insel Cypern brachte, wo sie interniert werden sollen. — Unser Bild zeigt die vollbeladene «Smyrni» im Hafen von Haifa. (Photopress)

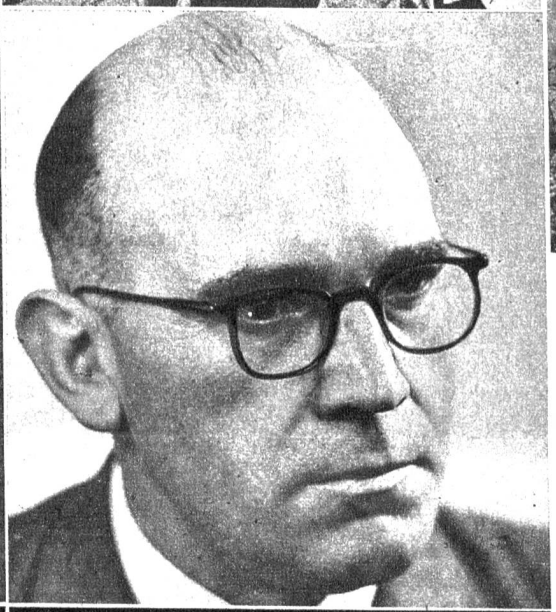


Langsam erhebt sich Warschau aus den riesigen Trümmerhaufen. Neulich hat es die erste Weichsel-Brücke fertiggestellt. — in vorderster Reihe (mit schwarzer Krawatte) Staatspräsident Boleslaw Bierut. (Photopress)



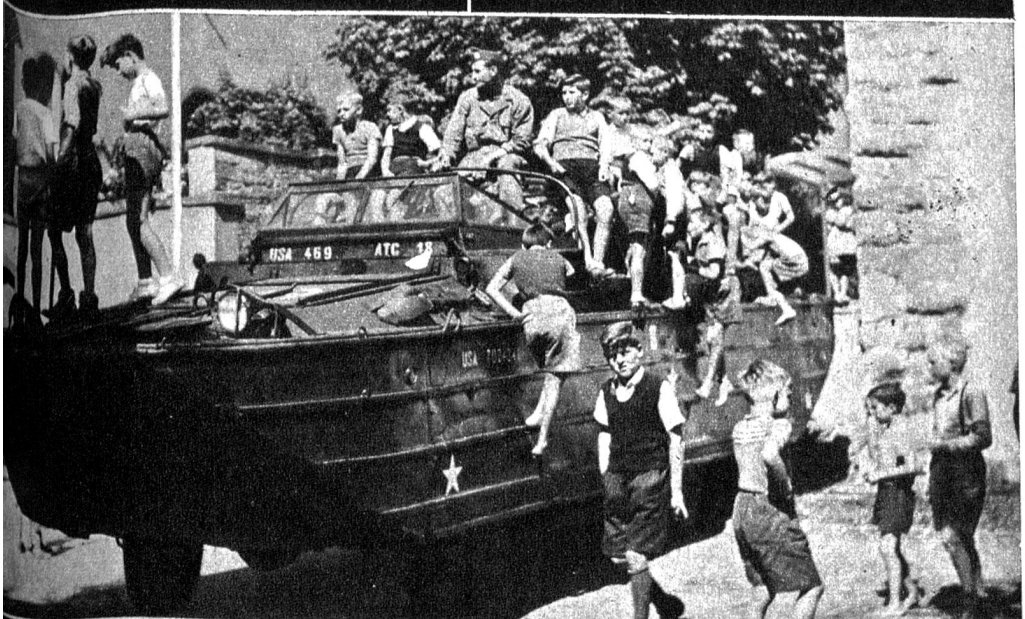






im 65. Altersjahr verschied an den Folgen eines Unfalles alt Regierungsrat Dr. iur. Paul Dürrenmatt-Haggisberg. In ihm verliert der Kanton Bern einen grossen Bürger, der sich ausgesprochener Beliebtheit erfreute.

Der Bundesrat hat den bisherigen Direktor der Abteilung für Landwirtschaft im Eidg. Volkswirtschaftsdepartement in Bern, Dr. *Ernst Feisst*, zum neuen Gesandten der Schweiz in Ungarn ernannt. Minister Dr. Feisst steht im 49. Altersjahr. (Photopress)



ges Leben herrschte am Sonntag auf dem Rhein in Basel zwischen Mittlerer und Johanniterücke, wo sich ein buntes Programm aller möglichen Wasserfahrzeuge abwickelte. Besonders Jugend war begeistert von dem amerikanischen Amphibiumfahrzeug, das sowohl auf dem Lande wie auf dem Wasser zu Hause ist. (ATP)

Bild links: Aneurin Bevan, der englische Gesundheitsminister, verbringt gegenwärtig sonnige Ferientage im Tessin. (Photopress)



Churchill — «Schützer der fünf Häfen...»

In einer prunkvollen Zeremonie wurde Winston Churchill in Dover zum Lord Warden of the Cinque Ports erhoben. (ATP)



In Adelboden wird ein Brunnen eingeweiht werden. Die hölzerne Engelsgestalt wurde vom Skispringer und Bildhauer Willy Klopfenstein geschnitten. Der Sockel trägt die Worte: «Der Engel des Friedens sei mit Euch allen.» Den Brunnen gaben die jugoslawischen Evadés in Auftrag, die ein Jahr in Adelboden wohnten. (ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Reiche und arme Kantone?

-an- *Am tessinischen Kantonalturnfest* benutzte *Bundesrat Celio* die Gelegenheit, unter anderm auch auf eine kritische Strömung hinzuweisen, welche seit einiger Zeit Vorwürfe zuhanden der Eidgenossenschaft verbreitet und behauptet, *die sowieso schon reichen Kantone profitierten mehr von den Bundessubventionen als die armen.* Die reichern würden dadurch noch reicher, die ärmern blieben noch mehr hinter ihnen zurück, als sie es ohnehin schon wären. *Zürich* beispielsweise werde mit dem interkontinentalen *Flughafen Kloten* und mit der *Zuckerfabrik Andelfingen* bedacht. Die Zuwendung so enormer Mittel könne die Folge haben, dass die Begehren anderer Gebiete ungenügend berücksichtigt würden. Die Verstädterung nehme damit zu, und zwischen den verschiedenen Landesteilen, das heisst vor allem zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, werde das kulturelle Gleichgewicht gestört. Ein Bruch könnte sich da vorbereiten.

Es ist immer interessant, zu überlegen, *wer* denn eigentlich derlei Vorwürfe erhebt und aus welchen Motiven sie erhoben werden könnten. Der «Fall Kloten» liegt doch eigentlich so, dass man sich zu fragen hat, wer denn eigentlich als Konkurrent hätte spielen sollen. Die Utzenstorfer beispielsweise dankten Gott dafür, dass sie keinen Boden abtreten mussten, und dass die bernischen Parlamentarier, die gegen Kloten und für Utzenstorf votierten, unterlagen. Aus den verschiedenen andern Kantonen erhob sich eigentlich kaum ein Widerspruch gegen die Lage, die einfach gegeben war: Der grosse Flugplatz gehörte zur grössten Stadt. Wo andershin wohl sonst? Und er gehörte mehr ins Landeszentrum, sicher nicht an die Grenze. Und bevor nicht der senkrechte Start der Flugzeuge Regel wird, braucht man ebenen Boden, weite Flächen für einen Flugplatz, keine Gräben und Gräte.

Was aber Andelfingen angeht, so stehen Landinteressen, keineswegs Stadtinteressen an erster Stelle. Hier aber musste wiederum berücksichtigt werden, dass die Fabrik mitten in ein Gebiet zu liegen komme, in welchem man Zuckerrüben anbauen kann. Und wo, mit Lineal und Zirkel ausgemessen, liess sich die ostschweizerische Zuckerfabrik eigentlich besser planen als im untern Züribiet?

Die beiden Beispiele sind also kaum gut gewählt, um etwa zu beweisen, dass bereits Willkür und Vetterlipolitik ausschlaggebend wären in der regionalen Verteilung der Bundessubventionen. Man könnte im übrigen feststellen, dass bei der *soeben eröffneten Sustenstrasse der Bund 90% der Kosten auf der Urnerseite trägt, auf der Bernerseite nur 75%.* Eine Selbstverständlichkeit übrigens. Die Kreise, welche diese Kritik beginnen wollen, vergessen eins: Dass es so etwas wie eine natürliche Bevormundung der einzelnen Gegenden gibt. Ferner, dass immer und überall die Mittel zunächst dort hineingesteckt werden, wo sie besser rentieren, und dass die schlechter rentierenden «Objekte» und «Gegenden» nachher meist mit Hilfe der reichern «nachgezogen» werden. Das gehört nun einmal zu einer natürlichen und nicht schematischen Planung ...

Zwischen Kalkutta und Stambul

Immer deutlicher wird die Tatsache, dass an der *Pariser Friedenskonferenz diplomatisch um die Auswertung des Sieges über die Achse durch die konkurrierenden Sieger gerungen wird, dass aber viel bedeutsamere Entwicklungen nebenher gehen.* Man könnte von einem stillen Kriege sprechen, der ununterbrochen fortdauert, ohne dass die Armeen und Flotten handeln. Es geht darum, dass die an der Flanke des Sowjetreiches gelegenen britischen Einflusszonen in Unordnung geraten sind, und dass Russland sich offener oder versteckter darum bemüht, diese Zonen entweder von England zu lösen, so weit diese Lösung von den betreffenden Gebieten selbst erstrebt wird, oder aber durch Verstärkung des politischen oder auch wirtschaftlichen Druckes von sich selbst abhängig zu machen. Im einzelnen lässt sich nirgends genau nachweisen, ob russische Einflüsse mit im Spiel seien, oder ob die Geschehnisse aus den Verhältnissen an Ort und Stelle heraus sich entwickelten. Immer aber muss man «Moskau mit in Rechnung stellen». Denn der russische Sicherheitsgedanke verlangt die Anlegung eines wenigstens neutralen Ländergürtels um das eigene Reich. Die Neutralität dieses Gürtels sollte dabei «prorussisch» sein, wodurch die Neutralität bereits aufhört und die russische Beherrschung anfängt. All dies erstrebt Moskau im Hinblick auf eine «mögliche» Auseinandersetzung mit den USA und ihrem Vorposten England. Diese Auseinandersetzung, den «dritten Weltkrieg», wünscht man zwar so wenig wie den letzten Krieg. Aber man fürchtet die *Reaktion in Amerika,* den *Verrat der Rooseveltschen Ideen,* das Vordrängen des Russenwahns, das Unvermögen, mit den sozialen Spannungen fertig zu werden, die Intrigen der Rüstungsindustrie, die Ableitung der sozialen Drohungen in die Aussenpolitik und damit die Versuchung Amerikas, sein Heil in einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus zu gewinnen.

In dieser Formulierung wird heute die mildeste, sozusagen prorussische Würdigung der Politik Moskaus vorgetragen. Wie richtig sie sei, steht weniger in Frage als die Tatsache, dass die rauchenden Brandherde entlang der russischen Südgrenze bestehen, und dass die Regierung in London ihrer in dauernder Bedrängnis Herr zu werden versucht. Ein Wunder ist es beinahe, wie zielbewusst und überlegen *Mr. Attlee und Mr. Bevin dennoch die britischen Reichsziele an der Pariser Konferenz weiter verfolgen* und sich nicht entmutigen lassen durch die *klar erkennbare russische Verzögerungstaktik.*

Verzögert soll übrigens, nach dem Willen des Kremls, nicht nur der Abschluss der Pariser Konferenz werden, sondern *auch die Arbeit der UNO,* deren nächste Generalversammlung im September vorgesehen war. Als die pessimistischen Stimmen, die bereits von einer Vertagung der Pariser Konferenz sprachen, vor einer Woche überhand zu nehmen schienen, erklärte Molotow, Russland sei dafür, zunächst die Friedensschlüsse in Paris unter Dach zu bringen und eher — die UNO-Versammlung zu vertagen. Mit andern Worten: Ob man nun in Paris neun Wochen oder neun Monate beisammen sitze, das spielt gar keine Rolle. Oder besser eine wichtige Rolle für Moskau, falls die neun Monate sich noch weiter ausdehnen. Und besonders, wenn dadurch auch die «UNO» von einer Tagung abgehalten wird. Denn während dieser gewonnenen Fristen konsolidiert Russland seine Positionen auf dem Balkan und im Donauraum, findet eine langsame Erholung der ausgeplünderten Staaten statt, werden politische Gegner ausgeschaltet, wird vergessen, was die Russen in den ersten Zeiten der Besetzung auf ihr Konto luden, setzt sich das gewünschte «balkan-demokratische» System langsam fest.

Russland braucht übrigens auch Zeit, um *andere Probleme* zu seinen Gunsten weiter zu entwickeln. Ein Definitivum in Europa, welches den Angelsachsen erlauben würde, ihre Kräfte anderswo zu konzentrieren, müsste automatisch die Aufgaben erschweren, welche die Russen sich

«zwischen Kalkutta und Stambul» gestellt haben. Man könnte übrigens auch sagen: Zwischen Schanghai und Stambul. Denn auch das *Ringen in China* dauert fort. Die Nachrichten über einen *Militärvertrag zwischen der «Mongolischen Republik» und der kommunistischen Regierung in Jennan* deuten an, dass Russland nun auf dem Wege über *Ulan Bator* der befreundeten Partei in China eine ähnliche Unterstützung gewähren will, wie sie Tschiangs National-Armee durch die USA erhält. Momentan aber tritt das chinesische Problem vor dem

Meerengenproblem

zurück, seit Moskau den Vertrag von Montreux gekündigt und seit Radio Moskau mit der grösstmöglichen Deutlichkeit ausgesprochen, was man schon seit langem erwartet hatte. Es ist zu vermerken, dass Moskau den Vertrag buchstäblich am letzten Tage seiner Geltungsdauer kündigte. Ein Tag länger, und er würde wieder für fünf Jahre in Kraft getreten sein. Voreilige Meldungen wollten schon über den Umstand jubilieren, dass die Russen ein Datum verpasst hätten. Das war aber nicht der Fall. Und einmal mehr musste man erfahren, dass zur russischen Taktik gehört, die Spannungen bis zum allerletzten Moment aufrecht zu erhalten.

Nunmehr weiss die gesamte Welt, *dass Russland die Meeresstrassen des Bosporus und der Dardanellen für alle Handelsschiffe frei wissen*, dass es aber die *Durchfahrt für Kriegsschiffe*, die ihm selber gefährlich werden könnten, *verbieten will*. Die eigenen Schiffe freilich, ob gross oder klein, ob leicht oder schwer bewaffnet, sollen natürlich jederzeit in die Aegäis oder weiter ausfahren dürfen. Könnten die Russen ihren Plan verwirklichen, würde das Schwarze Meer zu einem verschlossenen Kessel russischer, bulgarischer, rumänischer und türkischer Häfen werden, aus welchem jederzeit die russischen und verbündeten Flotten brechen dürften, während die Gegner sich darauf zu beschränken hätten, vor den Dardanellen auf der Lauer zu liegen und die Ausfahrenden, falls sie kämen, abzuschiessen.

Damit aber eine so «vollkommene Sicherung» des Schwarzen Meeres garantiert würde, verlangt Moskau, *an der Verteidigung der Meerengen beteiligt zu werden, also Stützpunkte anlegen zu dürfen.* Als Grund für diese Forderung wird angegeben, die Türken hätten im verflossenen Kriege der Achse Zugeständnisse gemacht, die die Neutralität verletzten. Getarnte Kriegsschiffe wären durchgefahren und hätten damit die Aufgaben der Achse in der Krim und im Kaukasus erleichtert. Zur Stützung dieser Anklagen veröffentlichen die Russen auch die in Berlin aufgefundene Korrespondenz des deutschen Botschafters in Ankara, von Papens, mit der Reichskanzlei. Aus diesen Berichten von Papens soll einwandfrei hervorgehen, dass sich der einstige türkische Aussenminister Menemendschoglu als sehr interessiert an der Vernichtung der russischen Macht gezeigt habe. Man muss fast lachen, wenn Ankara derlei Ansichten — nicht etwa Aeusserungen — dementiert. Ferner waren die Türken sozusagen bereit gewesen, gegen Gebietszuwachs im Kaukasus an der Liquidation des russischen Reiches mitzuhelfen. Papen hat vielleicht, Hitler zuliebe, ein wenig geflunkert.

Die *Antwort Ankaras auf die russischen Zumutungen*, die auf eine Vernichtung der türkischen Souveränität hinauslaufen, ist ein *kategorisches Nein. England ist mit einer neuen Meerengenkonferenz notgedrungen einverstanden*, sucht aber auf jeden Fall die russischen Absichten, Frankreich und die andern Unterzeichner der Montreux-Konvention auszuschalten, zu durchkreuzen. Es kennt aus der Behandlung der Balkanfragen Moskaus Tendenz, alle Probleme so weit als möglich durch die zunächst Beteiligten allein lösen zu lassen, also die des Schwarzen Meeres und der Meerengen durch die vier Uferstaaten, die der Donauschiffahrt durch die Anstösser, die der Adria durch die Adriastaaten und so fort, wobei es jederzeit seinen «Zentner» neben die «Pfündchen» der Kleinen legen und so dominieren könnte.

Die indische Frage,

die am Ende der letzten Woche durch die *Strassenschlachten in Kalkutta in ein grelles Licht gerückt wurde*, darf, so weit sie von der Pariser Konferenz — und dem Meerengenstreit — abgelegen zu sein scheint, doch nicht gesondert bewertet werden. Es ist wahr, was in dieser modernen Millionenstadt geschehen, scheint durchaus den lokalen Spannungen entsprungen zu sein. *Hindus und Moslems* haben ihrem Hass freien Lauf gelassen. Fast eine halbe Million Menschen nahmen an den Plünderungen, Brandschatzungen und Schlächtereien teil, und es ist ein Wunder, dass bis am Montag «nur» 600 Tote und 2500 Verwundete gemeldet wurden. Aber obgleich hier die Massen einer modernen, rasch gewachsenen Millionenstadt spontan explodiert sein mögen, ohne dass «fremde Agitatoren» die Zündschnüre handhabten, es fällt doch immer wieder auf, dass gewisse Ereignisse mit merkwürdiger Gleichzeitigkeit losbrechen. Die Drahtzieher der nationalistischen Bewegungen haben ohne Zweifel die notwendige Witterung für Gelegenheiten. Und wahrlich, wenn sich die Hindus in der Hauptstadt des britisch-indischen Kaiserreiches plötzlich von einer aktiven mohammedanischen Minderheit überfallen sehen, sellt sich die Frage, warum gerade *jetzt* losgeschlagen wurde.

Die Antwort ist nicht schwer, wenn man alle Nachrichten aus dem gesamten Nahen und Mittlern Osten zusammenhält. Die Unruhe, die der jäh aufgeworfene Dardanellenstreit wachrief, blies mehr als *ein* Feuerchen zu hellerm Brennen an. *In Palästina* seigt die Fieberkurve langsam auf den Gefahrenpunkt erster Ordnung. Die Juden demonstrieren in die *Verschickung der illegalen Einwanderer nach den «Konzentrationslagern» auf Cypern. «Irgun Zwai Leumi»* und *«Sternbund»* bereiten Attentate vor, um womöglich die *18 zum Tode verurteilten Terroristen in Haifa* zu retten. Die *«Haganah»* ruft zum Widerstand mit den gegebenen Mitteln auf. Das heisst, dass sie die Kampagne des zivilen Ungehorsams nach indischem Muster, wie sie die jüdische Nebenregierung ausgerufen, empfiehlt. Den Fanatismus steigert noch die Nachricht, dass *Truman den jüdischen Flüchtlingsstrom teils nach USA, teils nach andern Ländern abzuleiten und so zu zerstreuen, statt ins heilige Land zu lenken vorhabe*, und dass auch er nur einer kantonsweisen jüdischen Besiedlung Palästinas zustimme. Die Frage ist heute, ob die gemässigten Elemente der Juden stark genug sein werden, um die Extremisten zu schlagen, falls die «Jewish Agency» mit den Engländern zu einem Abkommen gelangt und nachher zur Fügung auffordert. Das im Feuer des «grossen Untergangs» umgeschmolzene jüdische Volk empfindet die neue, planvolle Zerstreuung als Vorspiel zur Auslieferung an künftige Verfolger, sei es in dem oder jenem Lande!

Kommt dazu, dass *in Aegypten die Verhandlungen auf dem toten Punkt* angelangt sind, weil die Engländer erst in drei Jahren das Land gänzlich räumen wollen, und weil sie den Sudan nicht abtreten wollen. Ferner, dass der Iran, der die offensichtliche Gunst des Kremls geniesst, systematisch die Lockerung der wirtschaftlichen Fesseln im britischen Petrolgebiet betreibt. *In Indien* aber sind alle Versuche der Kongresspartei, die Moslemliga für die Beteiligung an der Zwischenregierung zu gewinnen, am *Widerstande Jinnahs* gescheitert. Wir sind eben Zeugen einer fortschreitenden Zersetzung aller bisher geltenden Machtverhältnisse und Ordnungen im ganzen Gebiete zwischen der Ganges-Mündung und dem Balkan, Zeugen britischer Rückzugsgefechte und russischen Vortastens. Ereignisse, wie die in Kalkutta sind nur Anzeichen dieses umwälzenden Geschehens.